

## Angestellte gehen gegen Kanton vor

**SCHWYZ** red/one. 179 Mitarbeiter der Kantonsverwaltung wollen wegen Nichtgewährung von Lohnerhöhungen Klage beim Verwaltungsgericht einreichen. Die Nichtgewährung der Lohnerhöhung ist eine Sparmassnahme des Regierungsrates. Es werden die Beförderungen in den sogenannten Anlauf- und Erfahrungsstufen ausgesetzt. Diese Massnahme ist vom Regierungsrat bereits per 1. Januar beschlossen worden.

### Beförderung verlangt

Wie der Präsident des Personalverbandes des Kantons Schwyz, Alfons Müller, bestätigt, werden 179 Angestellte der Kantonsverwaltung vom Angebot des Verbandes Gebrauch machen und beim Verwaltungsgericht Klage erheben. Ganz so weit ist es zwar genau genommen noch nicht. Noch bleiben dem Regierungsrat 60 Tage Zeit, um zu den von den 179 Angestellten eingereichten Begehren um Beförderung um mindestens eine Lohnstufe Stellung zu nehmen. Erfolgt in diesem Lohnstreit keine Einigung, wird man beim Verwaltungsgericht des Kantons Schwyz Klage erheben.

# SP kämpft gegen Steueroasen

**STEUERPOLITIK** Die Zentralschweizer SP kämpft vereint gegen die Steuerpolitik der Kantone. Und das soll nur der Anfang sein.

CYRIL AREGGER  
cyril.aregger@luzernerzeitung.ch

Die SP ist unzufrieden mit der Steuerpolitik in der Zentralschweiz. Ihrer Ansicht nach produziert der Steuerwettbewerb, bei welchem die Zentralschweiz weit vorne mitmisch, mehr Verlierer als Gewinner. Entsprechend hat sie in Luzern und Schwyz Initiativen lanciert, in anderen Kantonen sind Vorstösse hängig oder geplant (siehe Kasten).

Um ihrem Anliegen Nachdruck zu verleihen, lud die Zentralschweizer SP gestern in Luzern zur Medienkonferenz mit den SP-Präsidentinnen Felicitas Zopfi (Luzern) und Barbara Gysel (Zug), Beat Ettlin, Präsident der SP Nidwalden, sowie dem Schwyzer Nationalrat Andy Tschümperlin (Einsiedeln). «Die Bilanz geht

nicht mehr auf», erklärte Felicitas Zopfi zum Steuerwettbewerb. «Während in den letzten Jahren die Steuerbeträge sanken, stiegen die Mieten. Viele Menschen merken, dass sie weniger oder gar keine Prämienverbilligung mehr bekommen.»

### Meist auf verlorenem Posten

In den bürgerlich dominierten Zentralschweizer Kantonsparlamenten stehen die SP-Parlamentarier mit ihren Anliegen zur Steuerpolitik allerdings meist auf verlorenem Posten, belegen die Sozialdemokraten im Kanton Luzern doch gerade einmal 16 der 120 Kantonsratssitze (ZG: 8 von 80, SZ 10 von 100, UR 11 von 64, NW 3 von 60, OW 6 von 55). Dennoch ist die SP überzeugt, dass in der Bevölkerung in Sachen Steuerpolitik ein Umdenken stattfindet. Felicitas Zopfi: «Auch bei bürgerlichen Wählern nimmt das Bewusstsein zu, dass es so nicht weitergehen kann – stärker als bei den bürgerlichen Parlamentariern.» Auch angesichts der Tatsache, dass auch Avenir Suisse nach der Masseneinwanderungsinitiative vorschlug, auf Standortförderung und gezielte Steuervergünstigungen zu verzichten.

Um das Thema zu vertiefen, gründete die Zentralschweizer SP vor einiger Zeit die Arbeitsgruppe Steuerpolitik. Ziel ist es, dass sich die Mitglieder – meist Kantonsparlamentarier – besser vernetzen und Erfahrungen austauschen können. «Das macht uns stärker», ist Zopfi überzeugt. Diese Arbeitsgruppe soll aber erst der Anfang sein: Zwar hat zwischen den Kantonalparteien schon immer ein Austausch stattgefunden, doch nun will die Zentralschweizer SP diese institutionalisieren.

Geleitet werden soll das Projekt vom zurücktretenden Präsidenten der Schwyzer SP, Martin Reichlin. Laut Andy Tschümperlin sind Arbeitsgruppen in mehreren Themengebieten möglich: «Zum Beispiel bei den Themen Verkehr, Bildungspolitik, Wirtschaftspolitik oder Gesundheitspolitik. Wenn wir uns Gehör verschaffen wollen, müssen wir als SP in der Zentralschweiz vermehrt gemeinsam auftreten.»

Dass durch die Zusammenarbeit die politische Landschaft in der Zentralschweiz umgekrempelt wird, ist eher unwahrscheinlich. Oder wie es die Zuger SP-Präsidentin Barbara Gysel sagt: «Wir verfolgen eine Politik der kleinen Schritte.»

## Drei Initiativen und zwei Vorstösse

**ZENTRALSCHWEIZ** red. In Luzern hat die SP im Januar die Initiative «Für faire Unternehmenssteuern» lanciert. Sie sieht eine Erhöhung der Unternehmensgewinnsteuern um 50 Prozent vor. Die Schwyzer SP hat gleich zwei Initiativen im Köcher: Die erste verlangt, dass der Rabatt bei der Dividendenbesteuerung höchstens 50 Prozent betragen soll. Bisher beträgt er 75 Prozent. Die zweite Initiative verlangt, dass die Steuereintrittsgrenze von 4681 Franken auf 12 000 Franken erhöht wird. Im Kanton Uri will die SP eine anstehende Steuersatzerhöhung nur akzeptieren, wenn die Flat Rate Tax abgeschafft und die Dividendenbesteuerung erhöht wird. In Zug und in Nidwalden sind SP-Vorstösse hängig, in denen die Regierung gefragt wird, ob sie die Einschätzung von Avenir Suisse teile, dass auf Standortförderung zu verzichten sei.

## Uri nimmt Heimatlose auf

**MIGRATION** Sieben palästinensische Flüchtlingsfamilien lassen sich in Uri nieder. Der Kanton erhält für jeden von ihnen 1500 Franken pro Monat.

Gestern Dienstag sind 24 palästinensische Flüchtlinge aus Syrien in der Schweiz eingetroffen. In Uri sollen sie eine neue Heimat finden, wie es in einer Medienmitteilung des Bundesamts für Migration (BFM) heisst. Noch halten sich die Familien rund zwei Wochen lang in einem Empfangs- und Verfahrenszentrum (EVZ) des Bundes auf. Dann werden sie in Uri weiter betreut.

Wann genau die Flüchtlinge in Uri eintreffen und wo sie untergebracht werden, wollte Werner Danioth, Vostehrer des zuständigen Amtes für Soziales des Kantons, gestern auf Anfrage unserer Zeitung nicht sagen. «Es geht darum, diese Familien zu schützen», sagte Danioth deutlich.

### Von Palästina über Irak nach Syrien

Céline Kohlprath, Pressesprecherin des BFM, stimmt dem zu: «Die Privatsphäre der Flüchtlinge hat oberste Priorität.» Es handle sich um «besonders verletzte Personen», darunter sieben Frauen und neun Kinder. «Daher ist es wichtig, dass sie erst einmal in Ruhe in Uri ankommen können.»

Die sieben Familien sind Teil eines Kontingents von insgesamt 500 Personen, welche die Schweiz im Rahmen eines dreijährigen Pilotprojekts aufnehmen will. Sie waren gemäss Kohlprath ursprünglich von Palästina in den Irak geflohen, um dem bewaffneten Konflikt mit Israel zu entgehen. Im Irak brach jedoch im Jahr 2003 der Krieg gegen die USA aus, worauf die Familien zwischen 2005 und 2010 weiter nach Syrien flohen. Auch dort konnten sie nach den jüngsten blutigen Konflikten zwischen der Regierung und den Rebellen nicht länger bleiben. «Sie sind faktisch heimatlos», sagt Kohlprath.

«Andere syrische Asylsuchende erhalten zwar eventuell eine vorläufige Aufenthaltsbewilligung, doch nach Ende des Bürgerkriegs müssen sie wieder in ihr Heimatland zurück», so die BFM-Frau. «Die palästinensischen Flüchtlinge, die nach Uri kommen, können sonst nirgendwo mehr hin.»

### Zweijähriges Integrationsprogramm

Für solche extremen Fälle betreibt das UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge mit verschiedenen Staaten Projekte zur Wiederansiedlung der Flüchtlinge in einem neuen Land. So auch mit der Schweiz. Das so genannte Resettlement-

Projekt, das vom Bundesrat im vergangenen September beschlossen wurde, beinhaltet laut der Medienmitteilung ein spezielles zweijähriges Integrationsprogramm. Dieses umfasst Sprachkurse, Schulungen, Nachholbildungen und Lehren.

Konkret heisst das: Die Flüchtlinge können sich nun in der Schweiz niederlassen. Das Projekt ist dazu da, dass sie sich in die Schweizer Gesellschaft integrieren können. Zu diesem Zweck hat das BFM die Kantone angefragt, ob sie bereit wären, ein bestimmtes Kontingent an Flüchtlingen aufzunehmen. Der Kanton Uri bot Hand. Wohl nicht zuletzt, weil der Bund einen Grossteil der Kosten trägt.

### Pilotprojekt kostet 12 Millionen

Das gesamte Pilotprojekt kostet 12 Millionen Franken. Laut dem Umsetzungskonzept des BFM erhält der Kanton für jeden Flüchtling eine Globalpauschale von rund 1500 Franken pro Monat, die auch die Kosten für Sozialhilfe und Krankenversicherung abdeckt.

Aufbauend auf einem Modell, das in skandinavischen Ländern bereits erfolgreich umgesetzt wird, erhalten die Flüchtlinge laut Kohlprath einen Verantwortlichen des Kantons als Coach. Auch in Uri wird ein Mitarbeiter des Amtes für Soziales die palästinensischen Familien während zweier Jahre unterstützen und begleiten. Besonders die Arbeits- und Lehrstellensuche soll ihnen so im persönlichen Kontakt erleichtert werden. «In den kommenden Tagen wird die zuständige Person aus dem Kanton Uri das Empfangszentrum besuchen, um die palästinensischen Flüchtlinge kennen zu lernen», so die Pressesprecherin.

### 30 Personen bereits in Solothurn

Die erste Flüchtlingsgruppe, welche die Schweiz aufnimmt, traf bereits im November im Kanton Solothurn ein. Auch bei ihnen handelte es sich laut Kohlprath um 30 Personen aus Syrien, die meisten von ihnen Frauen und Kinder. «Eine Bedingung der Schweiz für die Teilnahme an dem Projekt war, dass mindestens 40 Prozent der aufgenommenen Flüchtlinge Frauen und Mädchen sind», erläutert die BFM-Sprecherin.

Momentan verhandelt der Bund mit den interessierten Kantonen, wie viele Flüchtlinge jeweils aufgenommen werden könnten. Wie gross das Kontingent des Kantons Uri ist und ob eventuell noch weitere Flüchtlinge dazukommen, war gestern noch unklar.

FRANZISKA HERGER  
franziska.herger@urnerzeitung.ch

## Ab heute kommt es zu Staus

**URI** Der Ferienverkehr verlagert sich zwar zunehmend auf das Palmsonntagswochenende. Trotzdem ist in den kommenden Tagen mit langen Wartezeiten zu rechnen.

In der Osterzeit ist Stau am Gotthard so gewiss wie Schokoladenhasen. Doch die grosse Stauwelle hat sich in den vergangenen Jahren immer mehr auf das Wochenende von Palmsonntag verschoben. Am vergangenen Samstag verzeichnete die Kantonspolizei eine Stauspitze von 11 Kilometern. «Die Tendenz setzt sich fort», sagt Damian Meier, Chef der Bereitschafts- und Verkehrspolizei Uri. «Im Vergleich zum Vorjahr haben wir nochmals einen markanten Sprung festgestellt.» In Zahlen ausgedrückt: Fast 38 000 Fahrzeuge wollten am vergangenen Wochenende durchs Loch Richtung Süden – 10 000 mehr als 2013.

### Gründonnerstag etwas entlastet

«Früher setzte sich alles am ersten Ferientag in Bewegung», erinnert sich Meier. «Heute merken wir vermehrt die flexiblen Arbeitszeiten und Jokertage an den Schulen.» Dadurch werde der Gründonnerstag als grosser Reisetag entlastet. Dennoch prognostiziert die Urner Polizei für die kommenden Tage Staus. Dies hauptsächlich zu den folgenden Zeiten:

• Heute Mittwoch soll es laut Urner Polizei bereits um die Mittagszeit den

ersten Stau geben, der sich gegen Abend aber wieder auflösen dürfte.

• Am **Gründonnerstag** werden Blechlawinen vom Mittag bis in die frühen Morgenstunden des Karfreitags erwartet.

• Wenige Stunden später folgt am **Karfreitag** voraussichtlich eine letzte Stauwelle. «Am späteren Nachmittag des Karfreitags löst sich dann der Stau endgültig auf», glaubt Meier. «Dieses Bild hat sich nun über Jahre hinweg immer wieder gezeigt.»

### Keine Drohnen mehr im Einsatz

Der Osterstau bedeutet Mehraufwand für die Polizei. Insbesondere für die Dienste der Bereitschafts- und Verkehrspolizei in Göschenen sind zusätzliche Leute im Einsatz. Auf ein spezielles Lagebüro verzichtet die Polizei in diesem Jahr. Auch Drohnen der Armee werden nicht mehr benötigt. «Heute haben wir genügend Kameras, die über die ganze Strecke verteilt sind», betont Meier. Er wird mit dem zuständigen Dienstchef in Göschenen das Stauregime überwachen. Eine wichtige Aufgabe übernimmt auch die Verkehrsmanagement-Zentrale in Emmen. Sie ist für das gesamte Verkehrsmeldewesen zuständig und kann dabei auf Unterstützung aus Uri zählen.

Die moderne Technik bereitet der Polizei aber nicht nur Freude. «Bei Staus

zeigen sich die negativen Seiten der Navigationsgeräte», sagt Meier. Die Geräte lotsen die Lenker oft von der Autobahn, um den Stau auf der Kantonsstrasse zu umfahren. «Wenn zu viele Fahrer ausweichen, wird das zum Problem», so Meier. «Denn um den Zugang ins Oberland für Rettungsdienste freizuhalten, müssen wir schlimmstenfalls Autobahnausfahrten sperren.» Dies sorgt dann öfters mal für Missmut gegenüber der Polizei. «Im Stau zu arbeiten ist sicher nicht die Lieblingsbeschäftigung unserer Mitarbeiter», sagt Meier. Er versichert, dass man darum bemüht sei, den Verkehr möglichst flüssig zu halten.

### Platz für 820 Autos pro Stunde

Damit die Sicherheit im Gotthard-Strassentunnel gewährleistet ist, wurde 2002 das Dosiersystem eingeführt. Pro Stunde werden 1000 Autofahrten durch den Tunnel gelassen. Ein Lastwagen zählt für drei Autos. Während der Stauzeit wird pro Minute ein Lastwagen durchgelassen. Bleibt noch Platz für 820 Autos pro Stunde.

Derweilen testet die Verkehrsmanagement-Zentrale Emmen ein modernes System, das mit Hilfe von Handydaten genaue Aussagen machen kann, wie hoch der Zeitverlust im Stau ist. In Holland sind solche Systeme bereits in Betrieb. Laut Thomas Rohrbach, Mediensprecher beim Bundesamt für Strassen, kann das System bereits für den Sommer-Reisetag eingesetzt werden.

FLORIAN ARNOLD  
florian.arnold@urnerzeitung.ch



Eine lange Fahrzeugkolonne wälzt sich bei Wassen in Richtung Gotthard-Nordportal (Bild vom 17. Juli 2010).  
Archivbild Manuela Jans